Das Projekt Netzwerk Gewaltschutz wurde drei Jahre lang von der Aktion Mensch finanziert. Es wandte sich an gewaltbetroffene geflüchtete Frauen, deren Kinder, und LGBT-Personen, die in der Stadt und dem Landkreis Rostock in Gemeinschaftsunterkünften (GUs) leben. Die Zielgruppe ist von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Eine weitere Zielgruppe des Projekts waren Fachkräfte in den Einrichtungen der Flüchtlings- und Migrationsarbeit in der Region Rostock sowie Fachkräfte aus den Frauenhäusern und Beratungsstellen. Seit Abschluss des Projektes arbeitet das Netzwerk Gewaltschutz selbstorganisiert und ohne finanzielle Ressourcen weiter.

Um gewaltbetroffene Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund zu stärken und in Gewaltsituationen bedarfsgerecht zu unterstützen, haben wir gemeinsam mit den Einrichtungen der Anti-Gewalt-Arbeit und den Einrichtungen der Flüchtlings- und Migrationsarbeit neue Wege der Kooperation und des einrichtungsübergreifenden Gewaltschutzes konzipiert und erprobt. In einem früheren Projekt konnten Bedarfe der GUs und der Anti-Gewalt-Arbeit (insbesondere der Frauenhäuser) aufgedeckt werden und die beteiligten Einrichtungen zu einer trägerübergreifenden Kooperation bewogen werden.

Mit der Förderung durch die Aktion Mensch hatten wir nun ein Projekt, in dem die ungedeckten Bedarfe bearbeitet werden konnten, um Gewalt gegen geflüchtete Frauen und LGBT-Personen einrichtungsübergreifend nachhaltig zu bekämpfen. Der inhaltliche Schwerpunkt lag, in Abgrenzung zu anderen Projekten, die auf einzelne Einrichtungen und deren Arbeitsaufträge fixiert sind, auf der Vernetzung und gegenseitigen Qualifizierung von Fachkräften aus der Anti-Gewalt-Arbeit und den GUs, sowie auf der Entwicklung und Erprobung einzelfallbezogener Kooperationsmodelle. Des Weiteren sollten Betroffene selbst einbezogen werden.

Regelmäßige Netzwerktreffen der Kooperationspartner*innen, die durch die Referentin vorbereitet und moderiert wurden, boten die Grundlage für den Austausch und auch für die Qualifizierung. Hierzu eigens eingeladene Referent*innen bildeten die Netzwerkpartner*innen kostenfrei im Rahmen der Treffen fort. Runde Tische mit Vertreter*innen von Behörden, Polizei und dem Innenministerium M-V konnten darüber hinaus genutzt werden, um die aufgedeckten Bedarfe an die zuständigen Stellen zu adressieren und konstruktiv darüber zu diskutieren. Mittels Öffentlichkeitsarbeit sollte zudem Wissen über das Projekt, aber auch seine Inhalte, verbreitet werden.

Im Jahr 2020 sollten erneut regelmäßige Netzwerktreffen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte stattfinden. Um besondere Bedarfe für den Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher in den Gemeinschaftsunterkünften zu besprechen und zu adressieren, sollte es einen Runden Tisch mit Vertreter*innen der Jugendämter der Stadt und des Landkreises Rostock geben. Außerdem sollte auch im vergangenen Jahr Öffentlichkeitsarbeit über das Projekt geleistet werden.

Das Ziel der Netzwerktreffen sowie der Runden Tische im Jahr 2019, kurze Wege zwischen der Anti-Gewalt-Arbeit und der Migrations-/Fluchtarbeit zu etablieren und im Bereich des Opferschutzes geflüchteter Menschen eng zu kooperieren, konnte erreicht werden. Es sind tatsächlich kurze Wege im regionalen Hilfesystem entstanden, die die individuelle bedarfsgerechte Unterstützung für gewaltbetroffene Geflüchtete verbessern konnte. Auch das Ziel der gegenseitigen Qualifizierung konnte erreicht werden. Öffentlichkeitsarbeit über das Projekt wurde ebenfalls geleistet.

Der Wunsch, betroffene Geflüchtete als Multiplikator*innen für das Projekt zu gewinnen, hat sich hingegen leider nicht erfüllt. Trotz mehrmaliger Kontaktaufnahme zur engagierten Rostocker Migrantinnenselbstorganisation Libera M-V e.V. war es den dortigen

Ehrenamtlerinnen aus zeitlichen Gründen schlicht nicht möglich, eine Vertreterin zu den wochentags stattfindenden Netzwerktreffen auszusenden. Andere Anfragen, von Kräften der Migrations-/Fluchtarbeit, blieben ebenfalls wirkungslos. 2020 kamen erschwerend die Kontaktbeschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie hinzu, die Kooperationsgespräche beschränkten und Kapazitäten banden.

Als einschneidend im Jahr 2020 sind die Maßnahmen zum Schutz vor der Infektionskrankheit Covid19 zu nennen. Ein ursprünglich für den 16.3.2020 geplantes Netzwerktreffen, was den Grundstein für die Vorbereitung des Runden Tisches mit den Jugendämtern legen sollte, musste aufgrund der damaligen Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen kurzfristig abgesagt werden. Das Treffen wurde im Mai zwar digital nachgeholt, doch zeigte sich außerdem, dass die Jugendämter im vergangenen Jahr anderen wichtigen Tätigkeiten zum Kinderschutz unter Pandemiebedingungen nachkommen mussten. Deshalb musste der Runde Tisch 2020 ausfallen. Gegebenenfalls wird dies 2021 nachgeholt.

Im Zuge des „Lockdown light“ im November 2020 wurde ein weiteres Netzwerktreffen digital durchgeführt. Leider verfügten nicht alle Kooperationspartner*innen über die technischen Mittel, um daran teilzunehmen. Zudem band der Umgang mit der Pandemie zusätzliche Kapazitäten bei den Netzwerkpartner*innen, was die kontinuierliche Teilnahme an den Treffen erschwerte.

Zu den positiven Erfahrungen zählen unbedingt die Netzwerktreffen, Runden Tische und kostenfreien Qualifizierungsmöglichkeiten, die im Rahmen des Projekts durchgeführt wurden. Dazu zählen: 6 Netzwerktreffen im Jahr 2019 (Januar, März, Mai, Juli, September und November 2019) und 6 weitere Netzwerktreffen im Jahr 2020. Inputvorträge und Workshops von z.T. externen Referent*innen gab es 2020 hierbei zu den Themen Gewaltschutzkonzepte (Netzwerktreffen am 13.01.2020), Kinderschutz im Interventionssystem bei häuslicher Gewalt (11.5.2020), Gewaltschutz für LGBTIQ*-Geflüchtete (8.6.2020), dem sog. „eheabhängigen Aufenthalt“ (10.8.2020), Genitalverstümmelung (28.9.2020) und zu Menschenhandel und Flucht (23.11.2020).

Bereits am 7.5.2019 fand zudem das Fachgespräch "Geflüchtete Frauen im Beratungskontext" als kostenfreies Qualifizierungsangebot für die Kooperationspartner*innen der Anti-Gewalt-Arbeit und der Migrations-/Fluchtarbeit statt. Die Fortbildung wurde in Kooperation mit der Landeskoordinierungsstelle CORA, mit der Diakonie M-V (Fachbereich Ökumenische Diakonie, Migration und Flucht) und Fluchtpunkt Hamburg (Rechtshilfe und Flüchtlingsberatungsstelle in Hamburg) organisiert. Das Fachgespräch thematisierte u.a. frauenspezifische Fluchterfahrungen und Schutzgründe im Asylverfahren mit Fokus auf geschlechtsspezifischen Verfolgungsschicksalen. Das Ziel, die Sensibilisierung der Teilnehmer*innen für die Lebenssituation gewaltbetroffener geflüchteter Frauen, konnte erreicht werden. Darüber hinaus fanden am 11.9. und am 18.9.2019 durch das Projekt organisierte Fortbildungen zu häuslicher Gewalt (Definitionen, Muster und Interventionsmöglichkeiten) für die Kooperationspartner*innen statt.

Am 22.5.2019 und am 13.11.2019 fanden zudem die Runde Tische mit den Netzwerkpartner*innen sowie Vertreter*innen von Behörden und Polizei des Landkreises und der Hansestadt Rostock statt. Hierbei stand die Verbesserung des Schutzes von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffener geflüchteter Menschen im Vordergrund. Durch die Runden Tische wurde für einen akuten Fall in einer Rostocker Gemeinschaftsunterkunft eine interdisziplinäre Fallkonferenz mit allen relevanten Akteur*innen initiiert, was als großer Erfolg zu werten ist.

Als negative Erfahrungen sind Konkurrenz und Konflikte zwischen einzelnen Kooperationspartner*innen zu erwähnen. Unzureichende personelle und materielle Ressourcen grundsätzlich in der Sozialen Arbeit, aber eben auch in den beteiligten Einrichtungen des Projekts führten dazu, dass einige Netzwerkpartner*innen nur unregelmäßig an den Treffen teilnehmen konnten oder diese früher verlassen mussten, da sie z.B. Klient*innen zu Behördenterminen begleiteten oder anderweitig drängende Termine hatten.

Die geplanten, moderierten und protokollierten Netzwerktreffen und Runden Tische haben sich als erfolgreich erwiesen, um die Kooperationspartner*innen miteinander zu vernetzen. Dafür wurden vielfältige Methoden genutzt (z.B. Partner*inneninterview zum Kennenlernen, die „Stille Diskussion“ bei kontroverseren Themen, unterschiedliche Feedbackmethoden, digitale und analoge Visualisierungen, uvm). Um Bedarfe und Möglichkeiten für den Schutz gewaltbetroffener geflüchteter Frauen, Kinder und LGBT-Personen zu erheben, wurden anonymisierte Fallbesprechungen durchgeführt, die die Kooperationspartner*innen in interdisziplinären Kleingruppen bearbeiteten und hinterher im Plenum gemeinsame Handlungsleitlinien abzuleiten.

Auf der [Website](#) des Trägervereins Stark Machen e.V. (ehemals Frauen helfen Frauen e.V. Rostock) und auf der [Internetseite von CORA](#) – Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern wurde über das Projekt und seine Ziele berichtet. Auf der Website von Stark Machen e.V. ließen sich darüber hinaus [Hintergrundinformationen](#) über das Projekt für Pressevertreter*innen finden. Über die Veröffentlichung der mehrsprachigen „Notfallkarte“ wurde 2019 [besonders informiert](#). Die Notfallkarte wurde mit großer und guter Resonanz von der Öffentlichkeit und Fachkräften aufgenommen. Es kam wiederholt zu Nachbestellungen der kostenfreien Karte. Im Frühjahr 2020 erschien [ein Presseartikel](#) über das Projekt in der Zeitschrift des Flüchtlingsrats M-V e.V. Im Oktober 2020 wurden die Social Media-Kanäle des Trägervereins dafür genutzt, den Inhalt des Netzwerktreffens vom 28.9.2020 – [Schutz vor Genitalverstümmelung](#) - in die Öffentlichkeit zu tragen. Das Lokalradio Rostocks hat ebenfalls einen Beitrag dazu produziert. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Ende des Jahres 2020 wurden mehrsprachige Plakate mit dem Slogan „Du hast das Recht auf ein Leben ohne Gewalt“ produziert, die u.a. einen QR-Code und die Telefonnummer des [bundesweiten Hilfetelefon](#)s enthielten. Die mehrsprachigen Plakate wurden den Kooperationspartner*innen kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Das entstandene Netzwerk wird 2021 selbstorganisiert fortgesetzt. Die Netzwerkpartner*innen wollen abwechselnd die Vorbereitung dafür übernehmen. Da keine besonderen Ressourcen dafür vorhanden sind, soll der Fokus mehr auf dem Austausch und der gegenseitigen Unterstützung bei anonymisierten Fallbesprechungen liegen denn auf der gegenseitigen Qualifizierung. Die Erkenntnis, dass es weiterhin besonderen Schutz für die vulnerable Gruppe geflüchteter gewaltbetroffener Frauen, Kinder und LGBT-Personen bedarf, bleibt ebenso bestehen wie die dafür notwendige interkulturelle Öffnung der Einrichtungen. Eine gute Kooperation aller beteiligten Professionen wird dafür weiterhin die Grundlage bilden.